

Weg mit dem Überwachungsstaat! (2009)

Wir fordern die komplette Rücknahme der Änderungen des BKA-Gesetzes von 2008. Wir streben ein ausdrückliches Verbot der Weiterleitung von personenbezogenen Daten an Bundesbehörden, die strikte rechtsstaatliche Trennung zwischen Geheimdiensten und Polizei und die Stärkung des Berufsgeheimnisses von Ärzten, Journalisten, Anwälten und Geistlichen, wie in § 53 der dt. Strafprozessordnung vorgesehen, an.

Ferner fordern wir ausdrücklich die Rücknahme der 2008 in Kraft getretenen Vorratsdatenspeicherung, die eine Speicherung der Telefonverbindungsdaten (mit Standort) und bei Internetverbindungen eine Speicherung der IP-Adresse auf über sechs Monate vorsieht.

Statt den Überwachungsstaat einzuführen, soll die Sozialdemokratie die Stärkung von Grundrechten in Form einer Ergänzung des Art.2 GG (Freie Entfaltung der Persönlichkeit) um das Recht auf Schutz persönlicher Daten, insbesondere im Zusammenhang mit neuen Medien durchsetzen.

Begründung:

Im Zuge der „Bekämpfung des internationalen Terrorismus“ wurden und werden immer mehr Vorwände gefunden, um die teils in Revolutionen erkämpften Grundrechte und Grundsätze von Rechtsstaaten aufzuweichen. Leider sind an dieser Terrorismus-Hysterie auch oft Sozialdemokraten - innerhalb und außerhalb der Parlamente – beteiligt. Das muss aufhören, weswegen eine Stärkung der Grundrechte jedes Einzelnen und eine Rücknahme überwachungsstaatlicher Gesetze zwingend erforderlich sind.